

~~1. Beiblatt~~Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

2. Juni 1954

112/A

A n t r a g

der Abg. Dr. P i t t e r m a n n, S p i e l b ü c h l e r, R o s e n -
b e r g e r und Genossen,
betreffend die Novellierung des Feiertagsruhegesetzes.

-.-.-.-.

Der Nationalrat wolle beschliessen:

Artikel I

§ 1 des Gesetzes vom 7. August 1945, StGBI. Nr. 116, über die Regelung
der Arbeitsruhe an Feiertagen (Feiertagsruhegesetz) hat zu lauten:

"Als Feiertage im Sinne dieses Gesetzes gelten folgende Tage:

1. Jänner (Neujahr), 6. Jänner (Heilige Drei Könige), Karfreitag,
Ostermontag, 1. Mai (Staatsfeiertag), Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag,
Fronleichnam, 15. August (Mariä Himmelfahrt), 1. November (Allerheiligen),
25. Dezember (Weihnachten), 26. Dezember (Stephanstag)."

Artikel II

Mit der Vollziehung des Bundesgesetzes sind die Bundesministerien
betraut, denen die Vollziehung der im § 2 Abs. 1 angeführten Vorschriften
über die Sonntagsruhe obliegt.

-.-.-.-.

Erläuternde Bemerkungen:

Es ist ein alter Wunsch der österreichischen Protestanten, dass der
höchste Feiertag ihres Glaubensbekenntnisses, der Karfreitag, ein gesetz-
licher Feiertag sein soll.

Die gefertigten Abgeordneten hatten bereits in der V. Legislatur-
periode einen diesbezüglichen Antrag gestellt, der damals von der Mehrheit
des Hauses abgelehnt wurde.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

2. Juni 1954

Inzwischen wurde durch Kollektivvertragsvereinbarung zwischen den Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmt, dass evangelischen Arbeitnehmern, welche den Karfreitag als Feiertag begehen, der Lohnausfall zu bezahlen ist. Diese Regelung ist jedoch nicht befriedigend, da die dadurch den evangelischen Arbeitnehmern eingeräumte Sonderstellung zu Misslichkeiten führt und gelegentlich sogar zur Auflösung des Dienstverhältnisses.

Alle diese Schwierigkeiten sind jedoch behoben, wenn der Karfreitag ein allgemeiner gesetzlicher Feiertag wird, wogegen auch die Angehörigen anderer christlicher Religionsbekenntnisse keinerlei Einwände erheben würden.

... ..

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen vorliegenden Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Ausschuss für soziale Verwaltung zur geschäftsordnungsgemässen Behandlung zuzuweisen.

... ..